

PM: Videokundgebung auf dem Markt Leipzig als Höhepunkt der Antirassistischen Aktionstage in Leipzig

Im Rahmen der Antirassistischen Aktionswoche führte der Leipziger Ableger der bundesweiten Kampagne "Rassismus tötet!" eine Videokundgebung auf dem Marktplatz durch. An der Kundgebung nahmen dauerhaft 80 Personen teil, aufgrund des offenen Konzepts, blieben im Laufe der Veranstaltung mehrere Passant_innen stehen, um sich die Videosequenzen anzuschauen.

"Mit mehreren Kurzfilmen und Ausschnitten aus Dokumentationen sowie Beiträgen der damaligen Tagesschau, sollten die Hintergründe der Asylrechtsdebatte Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre dargestellt werden.", so Max Schmidt, Pressesprecher der Kampagne "Rassismus tötet!" Leipzig.

"Ebenfalls", so Schmidt weiter "sollten die Videobeiträge das Zustandekommen des Asylrechts sowie die aufkommende Debatte um dieses, Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre in der BRD, beleuchten. Aber auch die Situation der Vertragsarbeiter_innen in der DDR wurde versucht darzustellen sowie der Umgang der DDR-Gesellschaft mit Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen."

Schmidt: "Für uns war es wichtig zu verdeutlichen, dass die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl politisch gewollt war. Die verantwortlichen Politiker_innen nutzten dazu die rassistische Stimmung im wiedervereinigten Deutschland, um dieses lange gehegte Vorhaben umzusetzen. Anstatt die Pogrome in Hoyerswerda, Rostock aber auch Leipzig, anstatt die zunehmenden rassistisch-motivierten Übergriffe und Morde zu kritisieren, änderten CDU/CSU, FDP und SPD den Artikel 16 GG und schafften damit das Grundrecht auf Asyl de facto ab."

"Die Täter/innen wurden damit in ihrem Handeln gestärkt, die Betroffenen rassistischer Gewalt geschwächt, in Teilen sogar abgeschoben. Die verbalen Vorlagen der Politik sowie der Medien nutzte die Bevölkerung, um gegen Asylsuchende vorzugehen. Aus Sätzen wurden Brandsätze!", so Schmidt abschließend.

Anlass der Antirassistischen Aktionswoche ist der 20. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Am 23.05.1993 beschloss der Deutsche Bundestag mit Stimmen von CDU/CSU, FDP und der oppositionellen SPD die Abschaffung des Artikel 16 Grundgesetz. Dafür wurde Artikel 16a aufgenommen, der die Möglichkeit in Deutschland Asyl zu beantragen erheblich einschränkt.

Am 25.05.2013 werden in Berlin und Solingen antirassistische Großdemonstrationen stattfinden, mit denen an diesen antihumanistischen Paradimenwechsel in der deutschen Asylpolitik bzw. an den ebenfalls vor 20 Jahren stattgefundenen rassistischen Brandanschlag in Solingen erinnert werden soll, bei dem fünf Menschen getötet wurden.